

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ingo Hahn, Udo Theodor Hemmelgarn, Thomas Korell, Martina Uhr und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/3220 –**

Ressourcen- und Umweltbelastung durch Migration

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Ressourcen- und Umweltbelastung, insbesondere den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen, zu senken. Gleichzeitig nimmt Deutschland seit Jahren in erheblichem Umfang Migranten aus Staaten wie Afghanistan, Syrien und Irak auf, in denen die durchschnittliche Ressourcen- und Umweltbelastung deutlich niedriger ist als in Deutschland. Mit einer Übersiedlung nach Deutschland ist regelmäßig eine Anpassung des Lebensstils an das hiesige Niveau verbunden, was zu einem Anstieg der individuellen Ressourcen- und Umweltbelastung führt (vgl. <https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC8489703/>). Vor diesem Hintergrund stellen sich den Fragestellern insbesondere Fragen dazu, inwieweit die Bundesregierung diesen Umstand bei ihrer Migrationspolitik berücksichtigt, welche Daten und Prognosen ihr hierzu vorliegen und welche Maßnahmen sie trifft, um die durch Migration entstehenden zusätzlichen Belastungen auszugleichen.

1. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse zur durchschnittlichen Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) der Bevölkerung in Afghanistan, Syrien und Irak vor, wenn ja, welche, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zur Bevölkerung in Deutschland dar (bitte nach absoluten Werten und pro Kopf, Zeitreihe seit 2015, getrennt nach Energieverbrauch, CO₂-Emissionen und weiteren Ressourcenkennziffern angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor, die über öffentlich zugängliche Informationen hinausgehen.

2. Berücksichtigt die Bundesregierung bei ihrer Migrationspolitik, dass Migration aus Staaten mit vergleichsweise niedriger durchschnittlicher Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) wie etwa Afghanistan, Syrien oder Irak nach Deutschland zu einem Anstieg derselben führt, und wenn ja, inwieweit (bitte ange-

ben, ob und ggf. wie dieser Aspekt in die Entscheidungsgrundlagen der Bundesregierung einfließt), und wenn nein, warum nicht?

Nein.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

3. Hat sich die Bundesregierung zu internationalen Studien, die einen deutlichen Anstieg der Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) nach Migration in wohlhabendere Staaten feststellen (z. B. PLOS ONE, „International migration is associated with an increase in global CO₂ emissions“, <https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC8489703/>) eine eigene Auffassung erarbeitet, und wenn ja, wie lautet diese?

Die Arbeit der Bundesregierung fußt insbesondere in der Klimapolitik auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die oben angeführte Studie ist der Bundesregierung bekannt. Die Migrationspolitik wird im Kontext von gesamtgesellschaftlichen Erwägungen und europäischen und internationalen Bedingungen gestaltet.

4. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung ggf. oder plant sie zu ergreifen, um die durch Migration entstehende zusätzliche Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) zu verhindern oder auszugleichen (bitte die jeweils geplanten Maßnahmen, Zuständigkeiten und Zielwerte angeben)?

Die Bundesregierung plant keine derartigen Maßnahmen.

5. Welche Prognosen liegen der Bundesregierung ggf. für die Entwicklung der Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) in Deutschland durch Migration in den kommenden Jahren vor (bitte nach konkreten Nettozuwanderungsszenarien von z. B. 200 000, 400 000 und 600 000 Personen jährlich sowie für die Zeithorizonte 2030, 2035 und 2040 differenzieren)?

Der Bundesregierung liegen diesbezüglich keine Prognosen vor.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

6. Plant die Bundesregierung eine systematische Erfassung der Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) im Zusammenhang mit Migration, und wenn ja, in welcher Form (bitte konkret zu den vorgesehenen Indikatoren, Datenquellen, Zuständigkeiten und Erhebungsrhythmen ausführen), und wenn nein, warum nicht?

Nein.

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

7. Wie bewertet die Bundesregierung den Einfluss der durch Migration bedingten Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Ressourcen- und Umweltbelastung (einschließlich Energieverbrauch und CO₂-Emissionen) in Deutschland?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.